

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 17 (1937-1938)  
**Heft:** 12

**Rubrik:** Politische Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

92 Prozent für das Rätoromanische. / Zur Wiederauffrischung des roten Basels. / Die Immer-noch-nicht-Sanierung der SBB.

In seinem lezenswerten Büchlein „Die viersprachige Schweiz“ (Verlag Huber & Co., Frauenfeld; 32 Seiten) fragt alt Bundesrat Heinz Häberlin: „Können Sie sich einen Diktator in der mehrsprachigen Schweiz denken? — Müßte oder dürfte er ein Deutschschweizer, ein Tessiner, ein Welscher sein? — Eine entfernte Chance hätte höchstens der romantische Prätendent, seines harmlosen Hintergrundes wegen...“. Ja gewiß! die Harmlosigkeit kennzeichnet in den Augen vieler Miteidgenossen den Rätoromanen und das Rätoromanische. Man fürchtet sich nicht vor ihnen. Man traut ihnen weder Macht noch Einfluß zu. Man gönnt ihnen bloß ihr friedliches Leben in einem Winkel des Landes. Und der Eindruck dieser Harmlosigkeit ist es auch zu einem guten Teil gewesen, der das schöne Resultat der eidgenössischen Volksabstimmung vom 20. Februar 1938 ermöglicht hat. Da sind von insgesamt 635,000 Stimmenden volle 573,000 mit einem „Ja!“ zur Urne gegangen, um sich für die Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache einzusetzen. Was es aber bedeutet, für eine Verfassungsvorlage eine Mehrheit von 92 Prozent aufzubringen, sind wir uns gemeinhin und besonders in diesem Falle nur ungenügend bewußt. Jedenfalls konnte es sich da nicht bloß um eine harmlose Sache, sondern es mußte sich um eine Sache von wesentlicher Bedeutung handeln. Erste Voraussetzung war der Selbsterhaltungswille des rätoromanischen Volkes, zweite Voraussetzung war der Wille der Miteidgenossen, dieser kleinen Minderheit ihr Recht werden zu lassen, dritte Voraussetzung war die Notwendigkeit, auf fremde Einmischungen eine deutliche Antwort zu geben, und vierte Voraussetzung war das Bedürfnis des Schweizervolkes, seinen Staatsgedanken aufs Neue klar zu proklamieren. „Durch die Anerkennung des Rätoromanischen als schweizerische Landessprache bejahen wir die geistigen Grundlagen, das Wesen, den eigentlichen Sinn des eidgenössischen Staatsgedankens“, so hat Bundesrat Etter richtig dargetan. Die politischen Zeitumstände ließen die rätoromanische Frage zu einer Bedeutung heranwachsen, die man ihr früher niemals beigemessen hätte.

Die Volksabstimmung gestaltete sich kampflos. Wir sahen deshalb weder werbende noch bestreitende Flugblätter und Plakate. Dagegen lagen natürlich die politischen Parteien ihrer Pflicht der Stellungnahme ob. Blieben dabei die rein politischen Äußerungen innerhalb eines mehr oder weniger engen Rahmens von Sachlichkeit, so leuchteten die Blüten kulturellen Lebens um so reiner und schöner. Kaum eine Zeitung gab es, die nicht mit mehreren Artikeln die Wesensart der Rätoromanen erläuternd und gewinnend darlegte. Unter den zahlreichen Publikationen dieser Art möchte ich nur die von N. Bieri ausgezeichnet redigierte Sonderbeilage der „Neuen Zürcher Zeitung“ — „Rätoromanisches Erbe“ betitelt — hervorheben, zu welcher sich gute Kenner des rätischen Problems die Hände reichten. Der eigenartige, aber dankbare Stoff wurde darüber hinaus auch in Broschüren geformt. Bereits ist der Vortrag von alt Bundesrat Häberlin erwähnt worden, der sich mit dem allgemeinen Sprachenproblem befaßt. Häberlin hat sich aber auch noch im Speziellen um das Romanische verdient gemacht, indem er Peider Lansels umfassende und fein abgewogene Darlegung über „Die Rätoromanen“ (I Retoromanci) ins Deutsche übersetzte (Verlag von Huber & Co. A.-G. in Frauenfeld, 1936; 33 Seiten). Schärfer auf unser besonderes Thema

der Anerkennung zugeschnitten erscheint die Arbeit von Prof. W. A. Liebeskind über „Die romanische Schweiz als nationales Problem“ (2. Auflage, Verlag Rud. Tschudy in Glarus 1936; 14 Seiten). Von statistischen Grundlagen ausgehend, entwickelt der Verfasser die Forderung der Erhaltung des Rätoromanischen als eidgenössische Notwendigkeit und empfiehlt den Romanen eine intensivere Pflege ihrer Sprache. Eine Reihe origineller Betrachtungen wird da mit Optimismus vorgetragen. Von Prof. Dr. C. Pult in Sent stammt sodann die Schrift „Rätoromanisch, unsere vierte Landessprache“ (Veröffentlichungen der Handelshochschule St. Gallen; Verlag der Fehr'schen Buchhandlung, St. Gallen 1938; 27 Seiten). Hier hat ein Philologe das Wort ergriffen, was sich darin ausprägt, daß uns die sprachliche Eigenart klar gemacht wird. Pult versteht sich dabei trefflich auf die Verteidigung der „Quarta lingua“ gegenüber Irredentisten und irrenden Sprachgelehrten. Wir bekommen von ihm auch Einblick in die wichtigsten Fakten der Sprachgeschichte. Auf kleinem Raum zusammengedrängt, ist diese Arbeit Pults in ihrer Art wohl das Lebendigste und Beste, was auf die Verfassungsrevision hin dargeboten wurde. Endlich bleibt noch hinzuweisen auf das Sechste Heft der „Schweizerischen Hochschulzeitung“, welches unter der Bezeichnung „Rätoromanisch“ dem bündnerischen Ur-Idiom gewidmet ist. Der Bogen dieser unter Mitredaktion von Leza Uffer entstandenen Publikation ist über das Romanentum in allen seinen Beziehungen — Geschichte, Sprache, Kultur — gespannt. Auch diese instruktive Sammlung von Aufsätzen und Gedichten dürfen wir dankbar unter die bleibenden Werte einreihen. Möge die Zukunft all den optimistisch gestimmten Verfassern dieser Schriften recht geben!

Ich kann nicht unterlassen, zum Abschied von diesem Thema noch eine staatsrechtliche Bemerkung beizufügen. Der neue Artikel 116 der Bundesverfassung ist vom Bundesrat zweifellos mit Eleganz so formuliert worden, daß den Romanen ihr Recht wird, dem Bunde jedoch keine erhebliche Pflicht erwächst. Man erreichte das durch die Unterscheidung von Nationalsprachen und Amtssprachen. Das Rätoromanische erscheint nun als schweizerische Nationalsprache, nicht aber als eidgenössische Amtssprache. Die Verfassungsrevision stellt damit nichtsdestoweniger erstmals eine Verbindung zwischen dem Bunde und dem rätoromanischen Volke her. Da das Romanentum bisher als interne Angelegenheit des Standes Graubünden aufgefaßt wurde, hielt man es nicht für nötig, seinen Bestand von Bundeswegen anzuerkennen. Heute jedoch genügt ihm die bündnerische Anerkennung nicht mehr: So wurden Kraft und Schutz der größeren Eidgenossenschaft aufgesucht. Im Prinzip muß die Abstimmung vom 20. Februar 1938 deshalb unter das Stichwort „Zentralismus“ — Mehrung der Zuständigkeit der Zentralgewalt — rubriziert werden.

\* \* \*

Zu Basel gab es ehemals noch echte Konserve. Ein solcher war Andreas Heusler-Ryhiner, der die „Basler Zeitung“ schrieb. Als Heusler im Jahre 1850 den Handstreich der Radikalen auf das Neuenburger Schloß abfällig kritisierte, erhoben sich die Liberalen und die Radikalen Basels dagegen mit Behemeng. „Was die Folgen der ganzen Geschichte betrifft“ — lese ich nun in einem Briefe Heuslers an den Zürcher Georg von Wyl mit dem Datum des 10. April 1850 — „so war es recht auffallend, wie sich die Gegner selbst dabei in die Haare gerieten. Zwei Momente hatten zur Erregung des Sturmes gewirkt: der Haß der (radikalen) „National-Zeitung“ (Brenners u. a.) und der Brotneid des (liberalen) „Intelligenzblattes“ (Wieland zc.). Schon vor der Krise gerieten beide Teile in Zornwüth und schimpften sich gräßlich aus, indem die jungen sogenannten Liberalen doch vor der Wildheit Brenners (rad.) erschrafen. Zwei Tage darauf versetzte der eine Wieland wegen eines Artikels gegen Oberst Wieland dem Redaktor der „National-Zeitung“ Schabelik eine Ohrfeige, wofür

er acht Tage ins Loch wandern mußte; und Schabelitz beschimpfte einen andern jungen Menschen, was ihm ebenfalls acht Tage Gefängnis zuzog. So haben sich diese Leute gleichsam untereinander aufgezehrt . . .“

Vom Standpunkt Heuslers aus gesehen, müßten wir heute feststellen: Es gibt nur noch Linksparteien. Die Liberalen und die Radikalen haben sich zwar zum Wahlkampf vom 20. Februar 1938 brüderlich vereinigt und stehen insoweit nicht mehr gegeneinander. Aber der Kampf der Linksguppen untereinander ist geblieben. Er spielt sich jetzt nur zwischen der liberalen und radikalen Gruppe einerseits und der marxistischen Gruppe andererseits ab. Die Kampflinie hat sich nur etwas verschoben. Und nach wie vor zehren sich alle diese Linksguppen untereinander auf. Wie können sich nur die Parteileute so ereifern darüber, ob nun die oder jene Gruppe ans Ruder komme, wo doch samt und sonders alles links steht? Es ist ja sozusagen kein Unterschied, seien nun die Liberalen oder die Radikalen oder die Sozialdemokraten Meister! Man sieht das ja schon an den geistreichen Wahlparolen. Die Liberalen nehmen „Kurs grad aus!“ — wohin?, die Radikalen „sammeln sich auf die Mitte“ — wovon? — und nach den Sozialisten „bleibt Basel sozial und demokratisch“ — das ist wohl noch das Verständlichste! Nirgends ist mehr eine konservative Grundjährlichkeit zu erblicken, ein fester Pol der Rechten. Nur zur Linken gibt es einen Pol. Muß man sich da wundern, wenn alle Politik nach links abgezogen wird?

Nachdem der 20. Februar statt der angestrebten bürgerlichen Rehabilitation eine einwandfreie Wiederaufrichtung des „roten Basel“ gebracht hat — sowohl der Regierungsrat als auch Große Rat erhielten deutliche sozialistische Mehrheiten —, dürfte man sich fragen, ob wohl nicht eine Betrachtung der Sachlage im Sinne Heuslers einige Berechtigung hätte. Fehlt nicht in Basel, wie auch anderwärts, der Pol rechts in der Politik, eine grundjährlich konservative Partei, und gleitet nicht darum alles nach links ab? Man kann sich zum Konservatismus stellen wie man will, so bildet er nach meiner Meinung doch einen notwendigen Faktor im politischen Leben, weniger wegen der Macht, die er erlangen könnte, als wegen der Gedanken, die er produziert. Unter den heutigen Umständen müßte dieser Konservatismus mit den „Basler Nachrichten“ die „Umkehr“ erhoffen von einer „Änderung der rein materialistischen Auffassung in der Politik“, aber er würde sich gewiß nicht wie die „Basler Nachrichten“ auch begnügen mit einer „Umkehr“ bloß kraft „Erschöpfung des staatssozialistischen Experimentes“, d. h. kraft des „Verbrauches der Finanz- und Wirtschaftsréserven des alten Basel“, „sei es durch Wegsteuerung oder durch Abwanderung guter Steuerzahler oder gar ganzer Industrien“. Echter Konservatismus würde klar erkennen, daß eine solche „Umkehr“ vom roten Basel, eine Umkehr nur wegen finanzpolitischer Schwierigkeiten des roten Regimes, noch lange keine wirkliche Umkehr vom Materialismus zu politisch würdigen Grundsätzen, sondern lediglich eine gewisse Verschiebung in den finanzpolitischen Ansichten bedeuten würde. Echter Konservatismus würde sich nie mit einem besseren Schutze des Geldes begnügen. Dadurch unterscheidet er sich wesentlich selbst von der als konservativ geltenden Liberalen Partei.

\* \* \*

Wenn es noch weiterer Beweise bedurft hätte für die Unfähigkeit der politischen Behörden, das wirtschaftliche Problem der Schweizerischen Bundesbahnen zu lösen, so lägen sie jetzt in der Art und Weise, wie der Nationalrat den Entwurf zum neuen Bundesbahngesetz behandelt, klar zu Tage. Wir wissen, daß die fragliche Vorlage — ein Teil der vorgesehenen Sanierungs-gesetzgebung — den S. B. B. neben der eigentlichen Bundesverwaltung eine etwas größere Selbständigkeit verleihen wollte: Verwaltung und Betrieb der dem Bunde gehörenden Eisenbahnen sollten „Sache einer innerhalb der Schrau-

ten der Bundesgesetzgebung selbständigen eidgenössischen Verwaltung“ sein (Art. 1). Und darüber hinaus schlug der Bundesrat dem Parlament vor, in den Einkunfts- und Besoldungsfragen nicht mehr wie bis anhin die eidgenössischen Räte, bezw. im Referendumsfalle das gesamte Volk, entscheiden zu lassen, sondern diese Angelegenheiten dem Verwaltungsrate zu übertragen: „Die Aufstellung des Verzeichnisses der Ämter, deren Träger die Eigenschaft von Beamten haben, sowie der Erlaß der Besoldungsordnung für die Beamten erfolgen ... durch den Verwaltungsrat unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Bundesrat.“ (Art. 14.) Während nun der Bundesrat mit seiner Formulierung der Rechtsstellung durchdrang und ein wohlbegründeter Antrag auf Verleihung der eigenen Rechtspersönlichkeit mit 47 gegen 102 Stimmen abgelehnt wurde, mußte es der Bundesrat andererseits erleben, daß der sog. Personalartikel (Art. 14) mit 112 gegen 53 Stimmen fiel. Es bleibt also dabei, daß die S. B. B. einen Verwaltungszweig des Bundes mit ordentlichen Bundesbeamten bilden und daß das Parlament über die Besoldungsverhältnisse zu befinden hat. Oder mit anderen Worten: es bleibt in diesen Beziehungen alles beim Alten.

Niemand wird bestreiten, daß der Betrieb der dem Bunde gehörenden Eisenbahnen eine Angelegenheit von größtem staatlichem Interesse ist. Es kann aber auch niemand bestreiten, daß der Betrieb von Eisenbahnen in erster Linie zum Bereich der Wirtschaft gehört. Mit zwingender Notwendigkeit ergibt sich aus dieser Feststellung, daß also in erster Linie Wirtschaftler darüber zu entscheiden haben, wie ein solcher Eisenbahnbetrieb aufzuziehen ist. So wenig als man für derartige Kernfragen Rechtsgelehrte brauchen kann, so wenig taugen hierfür Politiker, die nicht die Existenz des Betriebes, sondern andere Ziele im Auge haben. Wer aber hat jetzt die Entscheide gefällt? Es sind die Interessenpolitiker der Gewerkschaften im Parlament und ihr Anhang aus den bürgerlichen Fraktionen. Es sind jene Leute, die berufsmäßig die Interessen der Eisenbahner vertreten oder auf deren Wohlwollen besonderen Wert legen oder vielleicht auch — weil es ja nichts kostet — ihr gutes Herz spielen lassen wollen. Natürlich kann da gerade das wirtschaftlich notwendige Resultat nicht herauskommen.

Gewiegte Wirtschaftler sagen aber, daß eine Sanierung der S. B. B. ohne Aufrichtung einer selbständigen Unternehmung bezw. ohne Entrückung der Personalfragen aus dem Bereiche der Politik in den Bereich wirtschaftlicher Fachleute, unmöglich sei. Wer Augen hat, um zu sehen, sieht ohne Mühe, daß das stimmt. Nur ein auf sich selbst gestelltes Unternehmen, welches mit ihm gegebenen normalen Mitteln auskommen will und muß, also fähig ist, sich den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen, kann als saniert gelten. Dabei geben wir uns natürlich keinen Zweifeln darüber hin, daß der Bund den S. B. B. schon im Sanierungsmoment und dann auch später noch ganz erheblich beistehen müßte. Solange aber immer noch die Hand der S. B. B. ohne Scheu in den Bundesäckel greifen darf, den man immer schön bereit stellt, wird sie das auch immer tun. Was verschlägt es, wenn der Bund dadurch in Verlegenheit kommt? Warum soll man sich einschränken, sich nach der Decke strecken, wenn doch stets das nötige Geld bereit liegt? So ist es zu begreifen, daß man in den Personalkreisen z. B. gar keine Änderung der gegenwärtigen Verhältnisse für nötig findet und sich mit einer Sanierung in dem Sinne begnügen möchte, daß der Bund den S. B. B. einen Hauptteil ihrer Lasten definitiv abnehmen würde. Das hätte zu bedeuten, daß die S. B. B. unter den gleichen Voraussetzungen wie bisher fortwirtschaften würden und daß es nach dem jetzigen zweiten Rückauf binnen absehbarer Zeit zu einem dritten Rückauf kommen müßte. Von einer Sanierung könnte also keine Rede sein: „Ohne Ausklammerung der unsachlichen Einflüsse ist und bleibt die Bundesbahnsanierung eine Illusion“ schreibt die „Schweizerische Handelszeitung“ mit Fug.

Höchst merkwürdig mußte anmuten, daß im gesamten Reorganisationsplane nicht davon die Rede war, daß auch die Entlohnung des Personals einer Revision bedürfe. Im Gegenteil wurde sogar von zuständiger Stelle aus deutlich erklärt, heute könne eine Schlechterstellung des Personals nicht erfolgen. So konnte man fast den Eindruck bekommen, es handle sich beim vorgeschlagenen Personalartikel — Regelung der Personalverhältnisse durch den wirtschaftlich verantwortlichen Verwaltungsrat anstatt durch das politische Parlament — um eine wenigstens derzeit rein theoretische, organisatorische Angelegenheit. Tatsächlich haben jedoch die Eisenbahner wohl richtig herausgefunden, daß doch hinter dem Artikel eine Besoldungsrevision versteckt sei; wenn auch seine Verteidiger nicht alle daran denken, so liegen doch die Verhältnisse der S. B. B. so, daß sich dem Verwaltungsrat eine solche Revision aufdrängen könnte. Da haben sie ganz recht gesehen. Unumwunden muß dargetan werden, daß auch eine Besoldungsrevision notwendig ist. Wo sich 79 % der Betriebsausgaben als Personalkosten herausstellen, wo sich das Personal z. B. um nicht weniger als 50 % besser stellt als das Personal der Maschinenindustrie, wo die Entlohnung noch so hoch über dem Index der Lebenskosten steht, da scheint es mir auf der Hand zu liegen, daß auch das Personal noch mehr zur Sanierung beitragen muß. Warum hat das im Nationalrat niemand gesagt? Mehr Einsicht und Mut wäre dort schon zu wünschen. Gegen den Vorwurf der gewiß nicht zu befürchtenden „Entrechtung des Personals“ durch den Artikel 14 hat einzig der Katholisch-Konservative Eder beachtenswerte Worte gefunden. Sonst schien es, als ob sich der ganze Rat die Meinung des Herrn Dr. Vital Gaver (= Gawronský) zu eigen gemacht hätte, der das besondere Büro des Föderativ- und des Eisenbahnerverbandes zum Kampf gegen die Entpolitisierung leitet. In seinem sonst gewiß aufschlußreichen, aber einseitigen Buche „Die Eisenbahnkrise, ihre Ursachen und ihre Entwicklung“ (Verlag von U. Franke u. G. in Bern, 1936, 224 Seiten) hat dieser Verfasser nämlich die Wurzeln der Defizitwirtschaft einzig und allein in der Verschlechterung der Betriebsergebnisse und im Anwachsen der Kapitallasten gefunden, ohne im Zusammenhang mit der Sanierung auch nur ein Wort über die Personalkosten zu sagen.

Bülach, am 4. März 1938.

Walter Hildebrandt.

## Zur politischen Lage.

### Der Anschluß Österreichs.

Wer Gelegenheit hatte, den Umschwung in Österreich aus eigener Anschauung mitzuerleben, dem werden jene Eindrücke noch auf lange Zeit hinaus unvergeßlich bleiben. Es war wie der elementare Ausbruch des allzulange zurückgehaltenen Willens dieses kleinen Volkes, der sich in diesen Tagen manifestierte, wo die ganze Bevölkerung auf die Straße stieg und sich mit den deutschen Truppen zu jubelnden Kundgebungen vereinigte. In diesen Tagen ist wahrhaft ein Volk aufgestanden und es hat sich sein Recht geholt, das ihm fremde Gewalt und Willkür lange Jahre hindurch verwehrt hatten.

So erscheint der nunmehr vollzogene Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich und damit die wohl endgültige Verwirklichung des großdeutschen Gedankens im Grunde als etwas Selbstverständliches, als etwas, das eines Tages einfach kommen mußte auf Grund jener großen Gesetze im Leben der Völker, die stärker sind als alle fremde Gewalt und unter deren Druck mühsam aufrechterhaltene Fiktionen eben eines Tages zusammenbrechen müssen. In diesem Falle war eine der gefährlichsten Fiktionen unserer belasteten Nachkriegszeit die Fiktion von der Unabhängigkeit Österreichs und sie konnte auch dadurch nicht mehr Wahrheitsgehalt erlangen, daß unsere Schweizerpresse

jahrelang dieses Wahngewilde mit liebevoller Betreuung umgab, bis es dann eines Tages eben doch unter der logischen Gewalt zusammenbrach und mit ihm eine jener Hoffnungen unserer Hofjournalistik zerfloß, die man nachgerade zur Genüge kennt und deren reale Substanz sich auch in diesem Falle ihrer Träger würdig erwies, wie vor drei Jahren im Falle der Saar. Es zeigte sich auch hier wieder, wie unrichtig es ist und wie sehr es als dem Landesinteresse schädlich bezeichnet werden muß, wenn eine große Presse ihr Wunschträume für Tatsachen und ihre Sympathien als gleichgesetzt mit den Interessen des Landes hält. So konnte es Jahre hindurch geschehen, daß unserem gläubigen schweizerischen Leser die Unabhängigkeit Österreichs als eine überhaupt nicht anzweifelbare Tatsache hingestellt wurde, als etwas, das aus der Ordnung dieser Welt niemals hinausgedacht werden könne, wie alles, was mit Versailles und den verbundenen Verträgen zusammenhängt. Dabei war es doch jedem einigermaßen aufmerksamen Beobachter ohne weiteres klar, daß diese Fiktion eines Tages zusammenbrechen mußte, zumal, wie man seit bald zwanzig Jahren wußte, die Mehrheit jenes Volkes den Anschluß an das große Reich wollte oder zum mindesten aus allen möglichen Erwägungen für unumgänglich hielt.

Unter diesen Umständen war es klar, daß das Regime der Herren Dollfuß und Schuschnigg in dem Augenblick zusammenbrechen mußte, wo ihm die unumgängliche ausländische Unterstützung versagt war. Jahrelang hatte dieses widernatürliche Machtgebilde auf den tönernen Füßen einer volksfremden italienischen Unterstützung ein schemenhaftes Dasein gefunden, und als nun im Gefolge größerer und wichtigerer Entwicklungen jene Unterstützung naturgemäß dahinfallen mußte, war es mit der Fiktion der Unabhängigkeit Österreichs ein für alle Mal vorbei.

Immer und immer wieder drangen Stimmen über unsere Grenze, denen deutlich zu entnehmen war, daß die Mehrheit des österreichischen Volkes zum Anschluß an das Deutsche Reich hindrängte. Aber bedauerlicherweise suchte man in unseren großen Blättern vergeblich nach dem natürlichen Niederschlag dieser Informationen; dafür aber saßen in Wien Leute als Korrespondenten schweizerischer Blätter, für deren „Objektivität“ ja allein schon die Tatsache spricht, daß sich die Herren heute bereits fast ausnahmslos verkrochen haben, weil sie es nicht wagen dürfen, ihr informatorisches Gesicht fürderhin zu zeigen. So wurde das Schweizervolk tagaus tagein in einen seligen Traum gewiegt, aus dem es dann eben, nach allen Regeln der Logik, eines Tages ein grausames Erwachen gegeben hat. Wie viele solcher Erfahrungen werden wir noch machen müssen, bis unser Volk dereinst selbst dafür sorgt, daß es zu richtigen Informationen kommt?

Leider hat diese falsche Einstellung unserer öffentlichen Meinung auch in jener Rundgebung des Politischen Departements ihren Niederschlag gefunden, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch des kleinen Österreich erlassen wurde und die es für nötig hielt, unsere Verbundenheit mit dem nunmehr der Vergangenheit angehörenden Gebilde zu betonen. Mag nun auch der eine oder andere gefühlsmäßig und aus einer falschen Beurteilung der wirklichen Verhältnisse heraus dem kleinen, „unabhängigen“ Österreich seine Sympathien gezeigt haben und, dadurch beeinflusst, in den Fehler verfallen sein, eine gewisse Parallelität zwischen Österreich und der Schweiz zu konstruieren, so hätte doch eine solche Einstellung niemals in die amtliche Beurteilung der politischen Lage gehört! Das sollte unseren höchsten Stellen allein schon die bloße Vorsicht sagen!

Ein Vergleich zwischen dem kleinen Österreich und der Schweiz war zu jeder Zeit aus völlig naheliegenden Gründen durchaus abwegig. Unser Volk will seine Unabhängigkeit und denkt in keinem seiner drei Kulturteile auch nur einen Augenblick daran, das selbstverständliche Bewußtsein kultureller Stammesgemeinschaft mit dem größeren Volk an seiner Grenze auch nur im geringsten Pünktchen mit der kleinsten politischen Gleichschaltung zu durchsetzen. Das sollte in der ganzen Welt bekannt sein, und es dürfte auch bekannt sein, daß, wenn es wirklich

einmal jemandem einfallen sollte, aus übertriebener oder falsch verstandener Auffassung eines politisch-imaginären Volkstums heraus einen Marsch auf den ihm stammverwandten schweizerischen Landesteil anzutreten, ihm hier niemand entgegen-eilen würde, es sei denn mit den Waffen. Das Schweizervolk, nicht nur in überwiegender Mehrheit, sondern in völliger Geschlossenheit, hat an dieser Tatsache nie einen Zweifel gelassen, und das Bewußtsein seiner Unabhängigkeit geht außerdem soweit, daß es auch rein ideologische Bindungen mit einer fremden Staatsauffassung oder mit der in einem fremden Staate amtlich gepflegten Weltanschauung verwirft und aus seinen Bezirken verbannt. Man kann es als ein Glück bezeichnen, daß die Abwicklung der österreichischen Angelegenheit dieses Bewußtsein im Schweizervolk noch ganz erheblich stärker gemacht hat, als es ohnehin schon gewesen ist. Denn es ist selbstverständlich, daß in solchen Zeiten, wo große Staaten mit einer gezüchteten Weltanschauung verschiedenen Charakters hausieren gehen und nach allen Seiten hin die ideologische Leimrute auslegen, die am Ende auf das politische Geleise führen soll, ein kleines Volk auch nur den Anschein vermeiden wird, als habe es mit irgend einem fremden Staat ideologisch auch nur das Geringste gemein. Das gilt genau so für das falsch verstandene Volksfront- und Demokratie-Gesäusel nach Westen wie für das sogenannte „heroische“ Getue nach Norden hin. Mag auch beides durchaus einwandfreier innerer Überzeugung entspringen und mag auch nicht der geringste Grund vorliegen, den vaterländischen Geist der Träger dieser Überzeugung in Zweifel zu ziehen, so ändert das nicht daran, daß in unserer jetzigen Zeit für solche Liebhabereien kein Platz ist. Es wäre gut, wenn alle jene Mitbürger, die es angeht, sich dieser Einstellung des Schweizervolkes rechtzeitig bewußt würden, denn hier gibt es keine Kompromisse und darf es keine Kompromisse geben. Dies hat nun heute bei den Wahlen in der Stadt Zürich eine Bewegung erfahren müssen, deren Patriotismus in keinem Punkte in Zweifel zu ziehen war, die sich aber ideologisch in gefährlicher Weise fremden Auffassungen angeschlossen hatte. Die überwiegende Mehrheit des Volkes hat ihr von einem Tag auf den andern die politische Waffe ohne jede Rücksicht und in absoluter Kompromißlosigkeit aus der Hand geschlagen und ihre sämtlichen Vertreter mit einem einzigen Ruck aus der öffentlichen Körperschaft hinausgeholt. Die Angelegenheit dieser Bewegung dürfte damit wohl für absehbare Zeit im wesentlichen erledigt sein.

\* \* \*

Gegenüber der unbestreitbaren Größe des weltgeschichtlichen Geschehens an unserer Ostgrenze erscheint es durchaus müßig, in diesem Zusammenhang noch besonders auf gewisse Schönheitsfehler einzugehen, welche dieser „Anschluß“ unbestreitbar an sich hatte und die demjenigen, der diese Tage in Österreich verbrachte, keinesfalls entgehen konnten. Entscheidend ist demgegenüber die Tatsache, daß in den Tagen vom 11. bis 13. März dem österreichischen Volke jener Wunsch in Erfüllung gegangen ist, den es in einer starken Gruppe bereits seit dem Jahre 1866 gehegt hat und der zumal seit dem Jahre 1918 zur Sehnsucht eines ganzen Volkes geworden ist. Gegenüber dieser historischen Tatsache müssen alle übrigen Erwägungen zurücktreten. Dazu gehört u. E. sogar die Tatsache, daß die Mehrheit dieses Volkes im jetzigen Augenblick wahrscheinlich den Anschluß gar nicht wollte. Ich behaupte sogar, daß dazu auch die Tatsache gehört, die uns von einwandfreier nationaler Seite bestätigt wurde, daß nämlich Schuschnigg in diesem Augenblick selbst bei geheimer Vornahme der Abstimmung eine starke Mehrheit zugunsten seiner Parole für ein freies und unabhängiges Österreich erlangt hätte, unter der Voraussetzung, daß ihm die Mitarbeit der Sozialdemokratie gewährt worden wäre, woran keineswegs zu zweifeln war. Der Grund für diese bei der grundsätzlichen Einstellung dieses Volkes recht eigentümlichen Tatsache liegt eben darin, daß die Mehrheit des Volkes bei aller grundsätzlichen Anschlußbereitschaft, die ja im Jahre



1919 bereits in aller Deutlichkeit bewiesen worden war, offenbar den richtigen Augenblick für den Zusammenschluß noch nicht für gekommen erachtete. Die Vermutung ist keineswegs abwegig, daß eben sehr viele Leute, deren Anschlußbereitschaft im Grunde nicht in Zweifel zu ziehen war, lieber eine gewisse *Abdämpfung* der nationalsozialistischen Staatsführung auf dem Gebiete der inneren Politik und der Kulturpolitik abwarten wollten, für die übrigens gewisse Anzeichen durchaus unverkennbar waren. Wir können die Einstellung dieser Leute recht gut verstehen. Es ist schließlich nicht jedermanns Sache, sich, und mag er sich noch so sehr als Deutscher fühlen, wie es die Österreicher taten, von einem Tag auf den andern einem System zu verschreiben, wo der Staat alles und das Individuum nichts ist und wo gewisse Grundzüge des staatspolitischen Lebens moderner Auffassung — wir nennen nur die Rechtsicherheit und die Trennung der Gewalten — ziemlich stark ins Wanken gekommen sind (*Niemöller!* \*). Und es ist auch nicht jedermanns Sache, mit fliegenden Fahnen in ein Reich überzugehen, wo jede Art von rein religiösem, übervölkischem Glauben, sei er nun der Konfession nach protestantisch oder katholisch, mit Kritik betrachtet wird und seine Ausübung oftmals in Gefahr gerät, als Eingriff in die Totalitätsansprüche des allzu mächtigen Staates angesehen zu werden. Und es ist zumal nicht jedermanns Sache, besonders wenn er einem Volke angehört, das zu über 90 Prozent katholisch ist und unbestreitbar stark unter dem Einfluß des Klerus steht, in heller Begeisterung sich einem Reiche anzuschließen, wo man mit dem Papst ständig im Kriege lebt und wo man keineswegs so will, wie die hohe Geistlichkeit! Das sind natürliche Überlegungen, die sich gewiß mancher gemacht hätte, wäre ihm tatsächlich, wie es Schuschnigg in geschickter Weise gewollt hatte, der Stimmzettel über die zeitliche Unabhängigkeit Österreichs in die Hand gedrückt worden.

Daran ändert auch die Tatsache gar nichts, daß heute in Österreich alle Welt das Hakenkreuz trägt und „Heil Hitler“ ruft. Wir haben uns bestätigen lassen, daß in Innsbruck bei einer Gesamtbevölkerungszahl von ca. 70 000 Menschen am 9. März 1938, als Schuschnigg seine große Rede mit der Ankündigung der Volksabstimmung gehalten hatte, nicht weniger als 12 000 Menschen begeistert für ihn

---

\*) Zu diesem Fall schreibt *Pfarrer R. Grob* in der „Freitagszeitung“ vom 11. März 1938 folgende klaren Worte, die wir nur unterstreichen können:

Das Gericht sprach ihn frei, die Geheime Staatspolizei hat ihn gefaßt. Die Begründung lautete: Man wolle *Pastor Niemöller* vor der Empörung jener Leute schützen, die gegen das allzu milde Urteil aufgebracht seien.

Was sollen jene leider seltenen Zeitungsschreiber darauf antworten, die sich bemühen, auch die guten Seiten des heutigen Deutschland anzuerkennen und denen die Hege gegen das Dritte Reich nicht als erste Christenpflicht vorkommt? Im Falle *Niemöller* sind sie geschlagen. Sie müssen zugeben, daß hier eine schwere Beugung des Rechts vorliegt. Entweder mußte der Mann eine Strafe absitzen und dann hätte er dafür verurteilt werden sollen, oder aber er wird freigesprochen, und dann soll dieser Freispruch im Namen des heiligen Rechtes nicht eine bloße Vertäuschung falscher Tatsachen sein.

*Pastor Niemöller* mag sich im Kampf für die Kirche einige Übergriffe erlaubt haben. Aber es lag nicht in seiner Schuld, daß ihn vor allem jene Fanatiker für sich in Anspruch nahmen und als den ihrigen priesen, die den Kirchenkampf mit politischen Mitteln führen. *Niemöller* blieb gerade wegen seiner wahrhaft bekennnistreuen Auffassung ein guter Patriot. Marxistische oder gar mit Christlichem übertünchte marxistische Gedankengänge lagen ihm fern.

Daß er nach dem Freispruch nun im Konzentrationslager sitzt, ist ein Zeichen der Rechtsunsicherheit und des Rechtsbruches. Das sind nicht die wahren Freunde Deutschlands, die ein solches Vorgehen gutheißen. Es wird behauptet, *Pfr. Niemöller* hätte seine Haft selbst verschuldet, indem er sich geweigert habe, eine Erklärung zu unterschreiben, daß er nicht mehr öffentlich predigen werde. Ist dies richtig, so tat er nur seine Pflicht, die ihm durch sein Amt auferlegt wurde.

demonstrierten, und man bestätigte mir in diesem Zusammenhang weiter, daß von dieser Zahl mindestens 7000 drei Tage später den deutschen Truppen zugejubelt hätten! Noch selten mag es einem so deutlich geworden sein wie in diesen Tagen, daß die Gunst des Volkes das Wandelbarste ist, das es auf Erden gibt.

\* \* \*

Diese kurzen Hinweise aber mögen genügen. Denn es hat angesichts der Größe des Ereignisses keinen Sinn, mit der politischen Sonde zu operieren, obwohl diese Betätigung gewiß noch manch' interessantes und unerwartetes Ergebnis zeitigen würde. Der Anschluß ist nun vollzogen und er entspricht, im Sinne einer Vereinigung dieser beiden Völker deutschen Stammes, dem Willen der Mehrheit auch des österreichischen Volkes, woran nicht zu zweifeln ist. Demgegenüber hat die für den Kenner der Verhältnisse ebenso unbestreitbare Tatsache weniger Bedeutung, daß nämlich nur eine Minderheit des österreichischen Volkes nationalsozialistisch empfindet oder gar als Träger dieser Weltanschauung gewertet werden will. Das Wichtigste ist heute, daß der Anschluß vollzogen ist. Mit dem Nationalsozialismus werden sich die Österreicher eben abzufinden haben.

\* \* \*

Der Anschluß Österreichs hat dem Deutschen Reich einen im Augenblick kaum abzusehenden Machtzuwachs gebracht. Möglich, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, ist es zwar, daß das österreichische Volk im Verlaufe der nächsten Monate oder Jahre dem nationalsozialistischen Staat größere Verdauungsbeschwerden macht, als manche heute annehmen mögen, und daß unter diesen Umständen die innere Stärke des größeren Reiches verhältnismäßig geringer werden kann, als die des kleineren war. Dies müßte sich in der außenpolitischen Stellung natürlich ziemlich bald auswirken und im Sinne einer gewissen Lähmung der außenpolitischen Aktivität seinen Einfluß geltend machen. Dieser Vorbehalt muß heute immerhin angebracht werden.

Im übrigen aber steht das Deutsche Reich heute in ganz Europa in überragender Stellung. Ein Blick auf die Landkarte ist hierfür Beweis genug. Am größten sind die Konsequenzen im Falle der Tschechoslowakei, die nun mit beinahe der Hälfte ihres Gebietes von der einigen Kraft des Deutschen Reiches zangenartig umschlossen ist. Dabei beträgt die Distanz von deutscher Grenze zu deutscher Grenze am engsten Punkt, nämlich vom Nordzipfel Niederösterreichs gerechnet bis hinüber nach Mährisch-Ostrau, also auf die andere Seite der Tschechoslowakei, nicht mehr als 150 Km., sodaß der westliche Teil des tschechischen Gebietes und damit der wichtige sudetendeutsche Bezirk in dauernder Gefahr steht, eines Tages einfach abgeschnürt zu werden. Trotz allen Beruhigungsversuchen, denen man sich in Prag ergibt, ist die Tatsache unverkennbar, daß die Lage der Tschechoslowakei direkt verzweifelt geworden ist und daß über kurz oder lang dieser Staat in seiner heutigen Konstruktion zerschlagen wird. Gewisse innerpolitische Maßnahmen zugunsten der Sudetendeutschen können diese Entwicklung kaum mehr aufhalten; denn stärker als je verlangt heute das Sudetendeutschtum seine volle kulturelle und politische Autonomie, die ihm aber der tschechische Staat im Interesse seiner eigenen Erhaltung nicht wohl gewähren kann. So steht dieses Land heute vor einem unlösbaren Problem. Diese Erkenntnis hat sich in den letzten Tagen besonders auch in England stark verbreitet, wo man bereits heute diesen Staat mehr oder weniger aufgegeben hat. Frankreich allein aber, auch in Verbindung mit dem durch innere Schwierigkeiten gelähmten Rußland, ist nicht in der Lage, der Tschechoslowakei wirksame Hilfe zu bringen. So steht das Schicksal dieses im Jahre 1919 künstlich gezimmerten Staates am Äußersten. Mit dem Anschluß Österreichs kommt nun logischerweise auch noch die letzte Versailler Position in Mitteleuropa ins Wanken. Die durch die Friedensverträge

bestimmte Epoche kann nach kaum zwanzigjähriger Dauer als abgeschlossen betrachtet werden.

\* \* \*

Dadurch, daß das Deutsche Reich mit dem Anschluß Österreichs in direkte Verbindung mit Ungarn und Jugoslawien kommt, ist auch die Position Italiens schwer erschüttert. Der Grundgedanke der Römischen Protokolle des Jahres 1934, welche Italien den freien Weg nach der Donau und dem Strom entlang sichern sollten, ist erledigt. Deutsche Truppen stehen am Brenner und halten so Italien in deutlich sichtbarer Weise Tag um Tag unter Druck. Das Reich ist überdies in der Lage, die wirtschaftlichen Beziehungen Italiens im Donauraum abzuwürgen. Der Hafen von Triest ist heute von der Gnade des Deutschen Reiches abhängig, das jederzeit in der Lage ist, den Hafen Hamburg im Wege einer geschickten Frachtpolitik in den Vorrang zu stellen. Mussolini hat wahrlich dafür, daß ihm nun anscheinend seitens des Reiches freie Hand und Rückendeckung im Mittelmeer gewährt wird, einen teuren Preis bezahlt, und aus der Rückendeckung könnte schnell eine Rückendeckung werden. Es erstaunt angesichts dieser Verhältnisse keineswegs, daß die Haltung Mussolinis gegenüber der Frage der österreichischen Unabhängigkeit, entgegen anderen Informationen, insbesondere der deutschen und italienischen Presse, bis zuletzt völlig undurchsichtig gewesen ist. Nicht ohne Grund hat Schuschnigg noch am 24. Februar 1938 geglaubt, in der letzten Minute doch noch auf Italien zählen zu können. So natürlich und klar es ist, daß Österreich dem deutschen Druck innert weniger Tage, teils gewollt, teils ungewollt, erliegen mußte, so bedeutsam ist daneben die Tatsache, daß zur selben Stunde das europäische Prestige der südlichen Großmacht einen schweren Schlag erlitten hat. Dieser Punkt ist gerade heute, wo im Allgemeinen nur die Schwäche der Westmächte in Erwägung gezogen wird, nicht zu übersehen.

\* \* \*

Es entspricht durchaus der unheilvollen politischen Entwicklung Frankreichs, daß das welterschütternde Ereignis dieser Märztag das Land ohne handlungsfähige Regierung gesehen hat. So konnte denn die Schwäche dieses Hauptträgers des Versailler Systems nicht augenfälliger sein, als es geschehen ist, und, während in Mitteleuropa das vorletzte Bollwerk der Friedensverträge zusammengebrochen ist und der Angriff bereits deutlich auf das letzte hin vorbereitet wird, müht sich der Sieger von 1918 in unheilvollen inneren Schwierigkeiten. Wahrhaft ein erschütterndes Bild!

Zürich, am 20. März 1938.

Jann v. Sprecher.

# Kultur- und Zeitfragen

## Über Wilhelm von Humboldt.\*)

Kein Einsichtiger wird bestreiten, daß es eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit ist, für die höhere Bildung unserer Jugend unbeeinflusst von den Erscheinungen des Tages wieder einen ungehemmteren Zugang zur deutschen Geisteswelt zu öffnen. Mit der Zuflucht, die viele Jüngere bei Franzosen, Engländern oder Italienern gesucht haben, begeben sie sich doch in Bereiche, in denen sie nie ganz heimisch werden können. Ein Beweis dafür darf z. B. darin erblickt werden, daß in den

\*) Paul Binswanger: Wilhelm von Humboldt. Frauenfeld 1937.